

Exekutive und Legislative im Indochina-Konflikt

Dieter O. A. Wolf: "Präsidentenkrieg" in Vietnam?

DIETER O. A. WOLF: "Präsidentenkrieg" in Vietnam? Kompetenzen, Entscheidungsverfahren und Verhalten von Präsident und Kongreß im Indochina-Konflikt. (Forschungsergebnisse bei Oldenbourg, Bd. 1.) R. Oldenbourg Verlag, München/Wien. 358 Seiten, 18,- DM.

Kein Ereignis der Nachkriegsgeschichte hat das amerikanische Volk tiefer in seiner Beurteilung gespalten, kein Ereignis sein Selbstverständnis mehr in Frage gestellt als der Indochina-Konflikt. "Vietnam", das Trauma Südostasiens, ist zum Katalysator einer grundlegenden Neubestimmung auf Inhalt und Bedeutung des nationalen Interesses und die zukünftige Rolle der Vereinigten Staaten im internationalen Mächtekonzern geworden.

Die vorliegende Studie, Erstling der neuen Serie "Forschungsergebnisse bei Oldenbourg" (hg. unter der Konzeption von Dr. Cornides), behandelt den Kompetenzkonflikt zwischen Exekutive und Legislative im Verfassungssystem der Vereinigten Staaten auf dem Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, ausgehend von der wohl umstrittensten außenpolitischen Entscheidung des Kongresses, der South East Asia Resolution, gemeinhin unter dem Namen Tonking-Golf-Resolution bekannt, die als "functional equivalent of a declaration of war" (so das Department of State) in der Folgezeit zur Ausweitung des Lokalkonfliktes in Indochina und zum Einsatz von über 500 000 Mann Streitkräfte führen sollte.

Die Fallstudie dieser Entschliebung, vorbildlich zwischen den geschichtlichen Entstehungsprozeß der sogenannten War Powers und die politischen Folgeerscheinungen der Vertrauenskrise im politischen System der Vereinigten Staaten eingebettet, bildet den Kern- und Ausgangspunkt der minutiös-präzisen Forschungsarbeit des Verfassers. Der offiziellen Version der noch heute im einzelnen ungeklärten Angriffe auf den Zerstörer Maddox in den ereignisreichen Tagen des 2. bis 4. August 1964 wird der gelungene Versuch einer objektiven Auswertung unter Zugrundelegung der tatsächlichen Gesamtsituation gegenübergestellt. An Hand sorgfältig ausgewählter Materials und in vorzüglicher Form der Darstellung werden die entscheidenden Fragen im Für und Wider abgewägt: Waren die Angriffe "unprovoked and deliberate", wie McNamara anlässlich des Hearings vom 6. August 1964 geltend machte? Führte die Maddox zu jener Zeit nur eine behauptete Routine-Patrouille durch? Hat es nach dem ersten (erwiesenen) Angriff noch einen zweiten gegeben?

Über allen Erörterungen von Detailfragen aber wird nicht die generelle Problematik außer acht gelassen, nämlich ob besagte Zwischenfälle im Golf von Tonking nur der mehr oder weniger zufällige Anlaß für angemessene Vergeltung waren oder nicht vielmehr ein von langer Hand vorbereiteter und bewußt provozierter Vorwand für ungerechtfertigte Kriegführung. In peinlich genauer Detaillierung legt Wolf dabei die amerikanischen Aktivitäten geheimer Kriegführung, wie die De-Soto-Patrouillen und die 34-A-Operationen, dar, überläßt es jedoch dem kritischen Leser, die letzten Schlußfolgerungen aus den sich in zunehmendem Maße verdichtenden Zweifeln an der Wahrheitstreue der exekutiven Version selbst zu ziehen.

In wohlthuendem Gegensatz zu anderen Darstellungen richtet sich die Kritik des Verfassers jedoch nicht einseitig pointiert allein gegen die Präsidialgewalt. In der Erörterung des nachfolgenden Phasenablaufes bis zur Verabschiedung der Gemeinsamen Entschliebung beider Häuser am 7. August 1964 werden klar die Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit hervorgehoben, mit der der Kongreß, insbesondere der Senat, die Sachprüfung der zugrunde liegenden Vorfälle abtat, wie er unter dem Zwangsgefühl des Sofort-handeln-Müssens, teilweise sogar mit Emphase, die Entschlossenheit der Nation in der Stunde der Gefahr beschwor. Und wenn jene Tage heute in der Retrospektive ihrer Kritiker als der "birthplace of the credibility gap" (so etwa Windch) gesehen werden, so läßt Wolf keinen Zweifel daran, daß die Geburtsstätte dieser elementaren Vertrauenskrise nicht zuletzt auf Capitol Hill selbst gelegen ist, wo in jenen Entscheidungsstunden nur eine kleine Handvoll Parlamentarier die Undurchsichtigkeit des exekutiven Aktionsapparates empfinden wollte und die politische wie verfassungsrechtliche Bedenklichkeit eines außenpolitischen Blankoschecks anprangerte, der dem Präsidenten das uneingeschränkte Ermessen zugestand, "to take all necessary measures to repel any armed attack against the forces of the United States and to prevent further aggression".

Wie vom Verfasser ausführlich dargelegt, kennzeichnet die Tonking-Golf-Resolution den Paroxysmus und zugleich entscheidenden Wendepunkt exekutiver Machtvollkommenheit

einerseits, blinder legislativer Unterwürfigkeit in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik andererseits. Ihm sollte ab Ende der 60er Jahre, unausbleibliche Konsequenz wachsender Frustration der amerikanischen Öffentlichkeit über das militärische Engagement in Vietnam, ein Prozeß schmerzlicher Neuüberprüfung folgen, eine "restaurative Revolte" (Wolf), die sich im Versuch eines letztlich hilflosen Kongresses entlud, die Wiederherstellung des gestörten-Kräftegleichgewichts durch den Einsatz seiner beiden mächtigsten Waffen, Legislation und Budget, zu erzwingen.

Wolfs Arbeit erschöpft sich unterdessen nicht in einer empirischen Fallstudie. Die Problematik der heutigen Kontroverse zwischen Präsident und Kongreß wird zugleich vom Grundsätzlichen her beleuchtet, aus der politischen wie konstitutionellen Dialektik des unaufhebbaren Spannungsverhältnisses zwischen Exekutive und Legislative. Zu Recht sieht der Verfasser das Heilmittel der aktuellen Krise nicht in formaljuristischen Instrumentarien allein, noch unternimmt er es, simplifizierende Lösungsformeln der Verfassungspraxis zu suggerieren. Ein Gebot allerdings scheint ihm als unabweisliches Postulat außen- und sicherheitspolitischer Vernunft zu gelten, nämlich daß trotz aller Schwerfälligkeiten des parlamentarischen Entscheidungsprozesses im allgemeinen und des Entscheidungsprozesses des amerikanischen Kongresses im besonderen die letzte Zuständigkeit für den Einsatz bewaffneter Macht in die Hände einer abwägenden und im Ausgleich ihrer inneren Gegensätzlichkeiten notwendigerweise gemäßigten Volksversammlung zu legen ist, und daß "von der Forderung nach uneingeschränkter Verantwortlichkeit des Kongresses als Vertreter des Volkes keine Abstriche gemacht werden" dürfen.

Die weltpolitisch so bedeutsame und emotionell noch immer so geladene Thematik "Vietnam" bedarf in der Rückschau der klärenden Analyse im Pro und Kontra der Argumente. Wie das Vorwort der neuen Serie "Forschungsergebnisse bei Oldenbourg" schlicht andeutet, wollen ihre Studien nicht letztgültige Antworten auf schwebende Fragen vermitteln, sondern als dokumentarisch fundierte Anregungen zur Diskussion verstanden werden. Die vorliegende Arbeit ist mit ihren historischen, staatsrechtlichen und politischen Aspekten indes mehr als eine bloße Diskussionsanregung: Sie ist ein Beitrag zur intellektuellen Bewältigung des politisch-menschlichen Dramas Vietnam.

MANFRED A. DAUSES

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de